

In der TagesWoche vom 3. Februar 2012 sind die verschiedenen politische Mandate des Präsidenten der Finanzkommission Baschi Dürr in seiner Funktion als Geschäftsleiter der PR-Agentur Farner Basel offengelegt. Genannt werden namentlich diverse politische PR-Mandate zu Kampagnen bei Abstimmungen in der letzten Vergangenheit. In seiner Funktion als Präsident der Finanzkommission war er in diese Geschäfte involviert.

Darunter befindet sich auch das Mandat zur Abstimmung Spitalauslagerung vom Mai 2011 bei dem er als Präsident der Finanzkommission eine führende Rolle in Berichterstellung und Beratung im Plenum inne hatte. Um Klarheit darüber zu bekommen, ob die Ausstandspflicht gemäss § 74 der Kantonsverfassung verletzt wurde, wird der Regierungsrat gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Bestand zum Zeitpunkt der Beratung des Geschäfts "Spitalauslagerung" in der Finanzkommission und im Grossen Rat eine geschäftliche Verbindung von Seiten des Kantons zur PR Agentur Farner?
2. Haben bei der Auftragsvergabe an die PR-Agentur Farner kantonale Stellen mitgewirkt? Falls ja in welcher Form? Und wie wurde der Regierungsrat über die Vergabe an die PR-Agentur Farner informiert?
3. Wurde das Mandat der PR-Agentur Farner in der Finanzkommission offen gelegt?
4. Sind kantonale Gelder oder anderweitige Hilfestellungen in die Kampagne "Spitalauslagerung" eingeflossen? Wenn ja, welche?
5. Wurde die Ausstandspflicht gemäss § 74 der Kantonsverfassung verletzt? Wenn nicht, mit welcher Begründung? Wenn Ja, was sind die Konsequenzen?

Martin Lüchinger